

DGUV Kompakt



MEDIENECKE

Das DGUV Jahrbuch
Prävention 2017

SEITE 4

TOP THEMA

Gewalt am Arbeitsplatz hat viele Formen

2016 erlitten über 10.000 Beschäftigte einen Gewaltunfall am Arbeitsplatz

Der Überfall auf eine Tankstelle, Handgreiflichkeiten von Menschen mit Demenzerkrankungen bei der Pflege, der Schock nach einem traumatischen Ereignis – die Gewalt, die Menschen an ihrem Arbeitsplatz erleben, hat viele Formen. Im Jahr 2016 erlitten über 10.000 Beschäftigte einen Gewaltunfall am Arbeitsplatz. Besonders betroffen ist der Gesundheits- und Pflegesektor. Das geht aus der Arbeitsunfallstatistik 2016 der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (DGUV) hervor.



Foto: DGUV / Wolfgang Bellwinkel

Aggressionen und Übergriffe treffen oft Menschen, die im Rahmen ihrer täglichen Arbeit anderen Menschen helfen.

Gewalt am Arbeitsplatz ist ein schwieriges Thema. Wie für alle anderen arbeitsbedingten Gefährdungen und Belastungen gilt: Beschäftigte haben Anspruch auf den Schutz ihrer Gesundheit am Arbeitsplatz. Aber wie viele Personen sind überhaupt betroffen? Nach den Zahlen der Arbeitsunfallstatistik 2016 erlitten 10.432 Beschäftigte einen meldepflichtigen Arbeitsunfall während einer betrieblichen Tätigkeit durch die Einwirkung von physischer oder psychischer Gewalt durch einen anderen Menschen. Betrachtet man allein diese Art der Gewaltunfälle, dann hat deren Zahl in den vergangenen fünf Jahren um rund 22 Prozent zugenommen (2012: 8.534 Fälle). Allerdings hat sich im Jahr 2016 die steigende Tendenz der vorhergehenden Jahre nicht fortgesetzt. „Es ist schwer zu sagen, ob hinter diesen Zahlen auch eine entsprechende Zunahme des Risikos von Gewalt oder Bedrohung steht: So hat beispielsweise in den vergangenen Jahren auch die Beschäftigungsquote zugenommen, gerade in relevanten Bereichen

wie der Pflege.“, sagt Dr. Joachim Breuer, Hauptgeschäftsführer der DGUV. „Hinzu kommt, dass die Betroffenen möglicherweise stärker sensibilisiert sind und dies auch das Meldeverhalten beeinflusst.“

Besonders gefährdet von Übergriffen Dritter sind grundsätzlich Beschäftigte, die im Rahmen ihrer Arbeit Kunden- oder Patientenkontakt haben. So ereigneten sich 2016 gut 31 Prozent (3.252) aller Übergriffe auf Beschäftigte in Krankenhäusern und Pflegeheimen, ein weiteres Fünftel im öffentlichen Bereich, auf Straßen oder bei der Nutzung von Transportmitteln (2.371). Angriffe können aber nicht nur physische, sondern auch psychische Folgen haben. In 18 Prozent der Fälle wurde eine psychische Folge als schwerste Beeinträchtigung diagnostiziert. Die Betroffenen haben meist etwas Traumatisches erlebt, zum Beispiel einen Überfall. „Berufsgenossenschaften und Unfallkassen sind bei diesem Thema

sehr aktiv: Sie bieten den Unternehmen branchenspezifische Präventions- und Beratungsangebote. Die Beschäftigten, die am Arbeitsplatz Opfer von Gewalt werden, erhalten die notwendige medizinische und psychologische Unterstützung“, so Breuer. Das Thema Gewalt gegen Beschäftigte findet auch auf Bundesebene Aufmerksamkeit. In der Entschließung des Bundesrates „Gewaltprävention für gefährdete Beschäftigte in Dienstleistungsberufen“ vom Juli 2017 wird die Durchführung von Gefährdungsbeurteilungen als ein wesentliches Element der Prävention vor Gewalt durch Dritte eingeschätzt. Auch hierbei unterstützen die Berufsgenossenschaften und Unfallkassen die Unternehmen und Einrichtungen.

Web: www.dguv.de > Zahlen und Fakten > Veröffentlichungen > Statistik zum Arbeitsunfallgeschehen 2016



Signale

Liebe Leserinnen und Leser,

der Blick zurück ist eine gute Übung um Signale von Nebengeräuschen zu unterscheiden. Ein starkes Signal dieses Jahr waren die Sozialwahlen: Sie sind gelebte Demokratie. Die gewählten Selbstverwaltungen sorgen dafür, dass Entscheidungen dort getroffen werden, wo sie auch entscheidend sind – nah am Menschen.

Ein weiteres Signal war das Weißbuch der EU-Kommission und die Debatte über die Zukunft Europas. Die gesetzliche Unfallversicherung setzt sich für ein Europa mit klaren Rollenverteilungen ein. Nur so lassen sich auch in Zukunft die hohen Sozialstandards bewahren. Noch ein starkes Signal sendeten die G20-Staaten mit ihrem Bekenntnis zur Vision Zero, einer Welt ohne Arbeitsunfälle und arbeitsbedingten Erkrankungen. Die Vision Zero soll keine Vision bleiben. Der Start unserer bundesweiten Kampagne **kommit** setzt genau dort an: in Betrieben und Einrichtungen soll eine Kultur der Prävention etabliert werden, damit Menschen möglichst keine Unfälle und Erkrankungen mehr erleiden.

Übrigens, der Nobelpreis 2017 für Medizin wurde für Forschungen zur inneren Uhr verliehen. Die Biologen empfehlen: Lassen Sie sich weniger vom Smartphone ablenken und schlafen Sie mehr. In diesem Sinne: Schalten Sie auch mal alle äußeren Signale ab und nehmen sie sich ganz bewusst Zeit für Familie, Freunde – und für sich selbst.

Ihr


Dr. Joachim Breuer
 Hauptgeschäftsführer der DGUV

„Kein Staat möchte auf Dauer öffentlich am Pranger stehen“

Nach Einschätzung der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) sterben jedes Jahr 2,78 Millionen Menschen an arbeitsbedingten Verletzungen und Krankheiten. Weitere 160 Millionen leiden an berufsbedingten Erkrankungen. Angesichts dieser Situation initiierte die Deutsche Präsidentschaft im Rahmen des G7-Gipfels im Juni 2015 die Schaffung des Vision Zero Fund (VZF) zur Vermeidung von und zum Schutz gegen arbeitsplatzbedingte Verletzungen und Krankheiten. Das Bekenntnis zu dem Fund wurde durch die G20-Erklärung in 2017 bekräftigt. Dr. Annette Niederfranke, Direktorin der ILO Repräsentanz Deutschland, zieht im Gespräch mit DGUV Kompakt Bilanz.

Frau Dr. Niederfranke, 2015 wurde die Initiative zur Sicherung nachhaltiger Lieferketten in der Textilindustrie und anderen Branchen gestartet und der VZF eingerichtet. Der VZF ist bei der ILO angesiedelt, dort werden die konkreten Projekte entwickelt und weltweit durchgeführt. Wie fällt Ihre Bilanz nach zwei Jahren aus?

Die Herausforderungen sind enorm: 2,78 Millionen arbeitsbedingte Unfälle und Krankheiten mit Todesfolge können nur wirksam bekämpft werden, wenn die Staaten über Grenzen hinweg Arbeitsnormen einhalten und Sicherheitsstandards aufbauen. Der Vision Zero Fund setzt genau da an mit dem Ziel, die Bedingungen vor Ort strukturell und nachhaltig zu verbessern. Projekte in Asien (Myanmar) und Afrika (Äthiopien) im Textilbereich sind auf dem Weg. Zudem ist eine Kooperation mit Siemens für Afrika im Rahmen einer Public-Private-Partnership aufgebaut. Veränderungen passieren aber nicht über Nacht, sondern brauchen Zeit. Ein positives Signal an die Weltgemeinschaft ist die Ausweitung des Vision Zero Fund zu einer G20-weiten Initiative: Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländer ziehen bei der Verbesserung der Arbeitsbedingungen in globalen Lieferketten und bei der Prävention von Arbeitsunfällen an einem Strang.

Bangladesch ist der weltweit zweitgrößte Textilproduzent. Im Dezember 2016 streikten dort Zehntausende von Beschäftigten für höhere Löhne. Un-

ternehmen und Regierung reagierten darauf mit Entlassungen und Repressionen. Welche Konsequenzen sollten die internationale Gemeinschaft und die Bundesregierung daraus ziehen?

Streikrecht ist Menschenrecht. Das ILO-Übereinkommen 87 schützt das Recht auf Vereinigungsfreiheit bereits seit 1948. Ein Jahr später kam mit dem ILO-Übereinkommen 98 das Recht zu Kollektivverhandlungen hinzu. Diese Kernarbeitsnormen verpflichten alle 187 ILO-Mitgliedstaaten, sich an die Vorgaben zu halten. Es ist die primäre Verantwortung der jeweiligen Regierung, die Kernarbeitsnormen im eigenen Land durchzusetzen und einzuhalten. Bangladesch ist ein souveräner Staat. Aber es gibt Wege, um die Missstände anzuprangern. Die ILO hat ein Beschwerde- und Kontrollverfahren, das die Einhaltung der Normen international überwacht, die Regierungen müssen Bericht erstatten. Kein Staat möchte auf Dauer öffentlich am Pranger stehen, auch um international nicht seine Glaubwürdigkeit und Reputation zu gefährden. Auch in unserem Land war es ein längerer Weg, Arbeitsrechte durchzusetzen. Das braucht einen verlässlichen nationalen Rechtsrahmen und Strukturen, insbesondere Gewerkschaften, die es aufzubauen gilt. Genau daran arbeitet die ILO in Bangladesch mit der Regierung und den Sozialpartnern.

Zusammen mit der ILO und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hat



Foto: DGUV

Informationen zum Arbeitsschutz und zur Unfallversicherung aus erster Hand: eine Delegation aus Bangladesch bei einem Studienaufenthalt 2015 in Deutschland. Eine Station war der Besuch des Instituts für Arbeit und Gesundheit der DGUV (IAG) in Dresden.

die DGUV bisher vier Studienaufenthalte für Delegationen aus Bangladesch ausgerichtet. Dabei ging es um konkreten Arbeitsschutz, den sozialen Dialog sowie um die Unterstützung beim Aufbau einer Unfallversicherung. Wie bewerten Sie diese Initiative?

Aus erster Hand zu erfahren, wie Sozialpartnerschaft in Deutschland gelebt wird, ist unendlich wertvoll und wir unterstützen das, vor allem wenn es dann darum geht, das Gesehene und Gelernte im eigenen Land umzusetzen. Denn Konzepte, die hier über Jahrzehnte gewachsen sind, lassen sich nicht eins zu eins übertragen. Hier braucht es den Sozialdialog vor Ort und die Verständigung darauf, welche Kernelemente wie aufgebaut werden können. Wir begrüßen sehr, dass die DGUV diesen Prozess angestoßen hat. Praxisbeispiele sind so wichtig. Sie geben das Vertrauen, dass Ideen den Realitätstest bestehen. Und dass langfristig alle von sicheren und gesunden Arbeitsbedingungen, sozialer Sicherung und vom Sozialdialog profitieren. Es gibt einen direkten Zusammenhang zwischen Arbeitsschutz und Produktivität.

Wie geht es weiter mit dem VZF?

Wir haben in Asien begonnen mit dem Textilsektor und weiten die Aktivitäten nun auf andere Kontinente und Sektoren aus. Afrika rückt dabei in den Fokus und die Sektoren Landwirtschaft und Infrastruktur. Beim Aufbau neuer Sektoren – Straßen, öffentliche Infrastruktur – gibt es die große Chance, Sicherheit und Arbeitsschutz gleich von Anfang an mit zu berücksichtigen und präventiv zu arbeiten und nicht erst aktiv zu werden, wenn grausame Unfälle passiert sind. Ziel ist auch, die Wirtschaft mit an Bord zu bekommen, deshalb sind weitere Kooperation mit der Wirtschaft eingeleitet. Daneben arbeiten wir daran, die Initiativen des VZF noch besser mit anderen Großprojekten und Initiativen einzelner Länder zu vernetzen, damit die Hilfe wirklich aus einer Hand kommt.



Foto: Niederfranke

Dr. Annette Niederfranke
Direktorin der ILO-Repräsentanz in Deutschland

ZUM THEMA

EU-Arbeitsprogramm 2018

Im Oktober hat die EU-Kommission Maßnahmen vorgestellt, die sie vor Ende der Legislaturperiode des Europäischen Parlaments im Mai 2019 zum Abschluss bringen möchte. Mit diesen im Arbeitsprogramm für das Jahr 2018 enthaltenen Initiativen soll die künftige Union der 27 gestärkt werden. Zudem sollen Antworten auf die großen Herausforderungen wie die Schaffung von Wachstum und Arbeitsplätzen gefunden werden.

Für die Sozialversicherung ist unter anderem das für März 2018 geplante Paket zur sozialen Gerechtigkeit relevant. Beabsichtigt ist hier zum einen eine Initiative, mit der die soziale Sicherung für Erwerbstätige in atypischen Verhältnissen besser zugänglich gemacht werden soll. Ziel ist es, die bestehenden Lücken zu schließen, so dass alle Erwerbstätigen unabhängig vom Beschäftigungsstatus Beiträge leisten und Zugang zu Sozialschutz erhalten können. Zum anderen plant die EU-Kommission eine europäische Arbeitsbehörde und eine europäische „Sozialversicherungsnummer“ einzurichten. Doch auch bereits laufende Projekte sollen weiter unterstützt werden. Dazu zählen u. a. die Einführung einer Elektronischen Europäischen Dienstleistungskarte als auch die Überarbeitung der Verordnung zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit. Daneben soll die jüngst proklamierte Säule sozialer Rechte dazu beitragen, die Arbeits- und Lebensbedingungen in den Mitgliedstaaten zu verbessern. Sie soll als Basis einer europäischen, sozialen Marktwirtschaft dienen und ein nachhaltiges Wohlfahrtssystem begünstigen.

Um bessere Ergebnisse in der Praxis zu erzielen, sollen die Um- und Durchsetzung von Rechtsvorschriften verbessert werden. Im Rahmen „der Union des demokratischen Wandels“ möchte die EU-Kommission perspektivisch mit Blick auf das Jahr 2025 die Subsidiarität fördern und weniger Rechtssetzungsverfahren starten, diese aber effizienter gestalten.

Web: www.dsv-europa.de > News

„Wir sind kommmittmenschen“



Ganz im Zeichen der neuen Präventionskampagne **kommmitt** mensch der Berufsgenossenschaften und Unfallkassen steht das aktuelle Jahrbuch Prävention der DGUV. Mit dem Start der Kampagne ist ein großes Ziel verbunden: die Etablierung einer Kultur der Prävention in allen Unternehmen und Einrichtungen, um tödliche oder schwere Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten möglichst ganz zu vermeiden. Die sogenannte Vision Zero ist ein Kapitel im Jahrbuch 2017, daneben geht es auch um den digitalen Wandel in der Arbeitswelt und dessen Folgen für den Arbeitsschutz, um die Bedeutung der Normung und um aktuelle Entwicklungen im arbeitsmedizinischen Bereich. Internationale und nationale Experten aus verschiedenen Fachbereichen und Institutionen lassen auch den „Blick über den Teller“ nicht zu kurz kommen.

Web: publikationen.dguv.de
(Bestellnummer: 12633, kostenfrei)

MELDUNGEN

Besserer Schutz für werdende Mütter

Das Mutterschutzrecht wurde 2017 grundlegend reformiert. Viele Änderungen treten zum 1. Januar 2018 in Kraft. Eine wesentliche Neuerung ist die Ausweitung des geschützten Personenkreises: Ab dem kommenden Jahr profitieren unter bestimmten Voraussetzungen beispielsweise auch Schülerinnen und Studentinnen von den Mutterschutzregelungen.

Für Arbeitgeber ergeben sich neue Pflichten. Sie werden ausdrücklich aufgefordert, Beschäftigungsverbote aus betrieblichen Gründen zu vermeiden. Das kann z. B. durch eine Umgestaltung der

Arbeitsbedingungen oder durch eine Umsetzung erreicht werden. Erst wenn die vorgesehenen Maßnahmen nicht greifen, kommt ein Beschäftigungsverbot in Frage.

Des Weiteren gilt ein allgemeines Beschäftigungsverbot für werdende Mütter, die Arbeiten in einem vorgegebenen Zeitfenster erledigen müssen. Neu ist auch, dass Frauen mehr Mitspracherecht bei der Gestaltung der Arbeitszeit haben, wenn es um Mehr- und Nacharbeit geht.

Web: www.bmfsfj.de
» Suchbegriff: „Reform MuSchG“

Selbstverwaltung der DGUV stellt sich neu auf

Die Mitgliederversammlung der DGUV hat sich in der neuen Sozialwahlperiode neu konstituiert. Wie die Berufsgenossenschaften und Unfallkassen wird die DGUV von einer Selbstverwaltung aus ehrenamtlichen Vertreterinnen und Vertretern der Arbeitgeber und Versicherten gesteuert. So fließen Erkenntnisse aus der Praxis direkt in die Ausgestaltung von Prävention und Rehabilitation ein und berücksichtigen verschiedene Interessenlagen. Die Mitgliederversammlung wählte in ihrer Sitzung am 30. November 2017 Stefan Weis für die

Versicherten und Helmut Etschenberg für die Arbeitgeber zu ihren Vorsitzenden. Der ebenfalls von der Mitgliederversammlung neu gewählte Vorstand wählte Manfred Wirsch (Versichertenseite) und Volker Enkerts (Arbeitgeberseite) zu seinen neuen Vorsitzenden. Wirsch vertrat bereits in der vergangenen Sozialwahlperiode die Versichertenseite als Vorstandsvorsitzender. Enkerts folgt auf Arbeitgeberseite auf Dr. Rainhardt Freiherr von Leoprechting.

Web: www.dguv.de (Webcode: dp1058144)

TERMINE

29. – 31. Januar 2018
REACH 2018: Tag der Stakeholder HELSINKI, FINNLAND
www.echa.europa.eu » **Reach 2018**

30. Januar 2018
Auf dem Weg in eine inklusive Gesellschaft? Grundlagen und Gestaltungsvorschläge zur Beschäftigung von Menschen mit Behinderung WUPPERTAL
www.institut-aser.de » **Veranstaltungen**

6. – 7. März 2018
Jahreskonferenz WAI-Netzwerk: Gesunde Führung und Personalentwicklung BERLIN
www.arbeitsfaehig.com/de
» **Seminare/Tagungen**

ZAHL DES MONATS

100!

Das Deutsche Institut für Normung e.V. (DIN) feiert am 22. Dezember 2017 seinen 100. Geburtstag. Das DIN ist die unabhängige Plattform für Normung und Standardisierung in Deutschland und weltweit.

IMPRESSUM

Herausgeber: Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung (DGUV), Dr. Joachim Breuer (Hauptgeschäftsführer). Die DGUV ist der Spitzenverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften und der Unfallversicherungsträger der öffentlichen Hand

Herausgeberbeirat: Dr. Renate Colella (Vorsitz), Udo Diel, Prof. Dr. med. Axel Ekkernkamp, Markus Hofmann, Gabriele Pappai, Dr. Udo Schöpf, Karl-Sebastian Schulte

Chefredaktion: Gregor Doecke, Kathrin Balt-

scheit, DGUV, Glinkastr. 40, 10117 Berlin
Redaktion: Kathrin Baltscheit, Elke Biesel, Katharina Dielmann, Jan-Peter Schulz

Grafik: Christoph Schmid,
www.christophschmid.com

Verlag: Quadriga Media Berlin GmbH,
Werderscher Markt 13, 10117 Berlin

Druck: DCM Druckcenter Meckenheim

FOLGEN SIE UNS AUF TWITTER

 **@DGUVKompakt**

Nachrichten live aus der Redaktion:
www.twitter.com/DGUVKompakt

Kontakt

KOMPAKT@DGUV.DE
WWW.DGUV.DE/KOMPAKT